Jahreswirtschaftsbericht

Unterschiedliche Erwartungen

In den Bundesministerien für Wirtschaft und für Finanzen gibt es höchst unterschiedliche Auffassungen über die Auswirkungen der sogenannten kalten Progression. Im Entwurf für den Jahreswirtschaftsbericht 2015, den federführend die Beamten von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) erstellen, heißt es, „dass die Steuerzahler im Zeitraum 2015 bis 2018 in Höhe von insgesamt 26,3 Milliarden Euro zusätzlich belastet werden“. Der Staat profitiert von der kalten Progression, wenn bei Lohnerhöhungen, die nur die Inflation ausgleichen, dennoch die Steuerlast steigt. Die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) halten den vom Wirtschaftsministerium errechneten Wert für viel zu hoch. Gabriels Experten unterstellten, dass die Preise in den nächsten Jahren stärker steigen, als derzeit absehbar sei, monieren sie. Je höher die Inflationsrate ausfällt, desto mehr werden die Steuerzahler belastet. Bei einer geringen Preissteigerungsrate ist es entsprechend weniger. Schäubles Fachleute wollen die Zahl deshalb in dem Entwurf für den Jahreswirtschaftsbericht niedriger ansetzen. Am Ziel, die Inflationsgewinne wenigstens teilweise an die Steuerzahler zurückzugeben, wollen beide Ministerien jedoch festhalten. Die Bundesregierung werde sich deshalb in Gesprächen mit den Ländern dafür einsetzen, die kalte Progression zu mindern, heißt es in dem Entwurf. rei

Justiz

Verdächtige Fehler

Im Skandal um verkaufte Juraklausuren versucht das Landesjustizprüfungsamt, hart durchzugreifen. Mindestens 15 Absolventen soll das zweite Staatsexamen nachträglich aberkannt werden. Neun Juristen hat die Behörde bereits schriftlich aufgefordert, ihr Zeugnis zurückzugeben. Sie geht davon aus, dass die Absolventen Aufgaben und Lösungen durch den inzwischen abberufenen Abteilungsleiter im Justizprüfungsamt Jörg L. erhalten haben. Der Richter muss sich seit vergangenem Mittwoch vor dem Landgericht Lüneburg wegen schwerer Bestechlichkeit verantworten. In einigen Aberkennungsfällen ist die Beweislage offenbar dünn. Sie tauchen nicht einmal in der Anklage gegen L. auf. So soll etwa eine Juristin ihr Examen verlieren, die ein Verhältnis mit L. unterhielt. Die Behörde stützt sich bei ihren Entscheidungen deshalb auch auf die Auswertung der schriftlichen Klausuren. So erscheint vor allem verdächtig, wenn Kandidaten Fehler gemacht haben, die zuvor schon dem Prüfungsamt in seiner „Lösungsskizze“ unterlaufen waren. Sollte sich herausstellen, dass einige Absolventen die Klausuren kannten, könnte dies nach Einschätzung des Hamburger Rechtsanwalts Frank Hansen Auswirkungen auf andere Examensabsolventen haben: „Das Leistungsbild wurde dann in nicht unerheblicher Weise verzerrt. Aus prüfungsrechtlicher Sicht liegt ein Verfahrensfehler vor, der zwingend zu einer Wiederholung der Klausuren führen muss.“ mif

Hubschrauber NH90

FOTO: GETTY IMAGES

Bundeswehr

Desaster in der Luft

Die Bundeswehr bekommt den desolaten Zustand ihres technischen Geräts nicht in den Griff. Auch Monate nach Bekanntwerden der Missstände habe sich die Lage nicht grundlegend gebessert, räumte Generalinspekteur Volker Wieker am vergangenen Mittwoch vor Parlamentariern ein. Besonders desaströs ist die Lage bei den Hubschraubern. Von den 35 Exemplaren des Modells NH90 waren vergangene Woche nach internen Unterlagen lediglich 7 einsatzbereit. Große Sorgen bereiten bei diesem Helikopter die Triebwerke. Die Prüfer des Bundesverteidigungsministeriums vermuten einen Konstruktionsfehler, weswegen mindestens viermal in diesem Jahr Triebwerke zu Schaden gekommen sind. Im Juni wäre es sogar beinahe zu einem Absturz gekommen. Beim Kampfhubschrauber „Tiger“ gibt es Probleme am Tank, an den Sitzen und den Spezialhelmen der Piloten. Bei den Helmen können veraltete Teile nicht ausgetauscht werden. In einem vertraulichen Schreiben wird davor gewarnt, dass Mitte 2015 „der Flugbetrieb komplett eingestellt“ werden müsse, wenn sich die Lage nicht verbessere. Das Verteidigungsministerium verweist auf eine eigens ins Leben gerufene Task-Force: „Probleme, die nicht von heute auf morgen entstanden sind, können auch nicht von heute auf morgen gelöst werden.“ Leicht entspannt hat sich laut Auskunft des Generalinspekteurs lediglich die Situation beim Schützenpanzer „Puma“. gt

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel